

Zwischen akademisch-institutionalisierter Wissenschaft und Aufklärung der Bürger. Tocquevilles Neue Wissenschaft der Politik

Kurzfassung

Tocquevilles *De la Démocratie en Amérique* ist eine wissenschaftliche und politische Intervention, die den Kritikern und den Freunden der Demokratie vor allem in Frankreich ein angemessenes Verständnis der Demokratie ermöglichen soll. In seinem Hauptwerk konzeptualisiert er die Demokratie nicht nur als eine Staats- und Regierungsform, sondern auch als eine spezifische Gesellschaftsform, die das gesamte soziale Gefüge (Sitten/Gebräuche, Ehe/Familie, Schichten/Klassen, Völker/Nationen) inklusive des Selbstverständnisses der Akteure einschließt. Er kritisiert deshalb die zeitgenössischen politischen Wissenschaften, die die politischen und sozialen Prozesse einseitig aus Perspektive des Staates und des Regierungshandelns beschreiben. Dies wird besonders deutlich, wenn man die theoretischen Auseinandersetzungen in der *Academie des sciences morales et politiques* sieht, deren Mitglied Tocqueville seit 1838 war. Im Gegensatz zu François Guizot, der gesellschaftliche Prozesse nur im Hinblick ihrer Relevanz für die Exekutive betrachtet und eine Regierungsberatungswissenschaft anstrebt, fordert Tocqueville eine *neue politische Wissenschaft*, die gesellschaftliche Entwicklungen und Tendenzen im Zusammenspiel von gesellschaftlichen Institutionen, sozialen Akteuren und politischer Kultur beschreibt. Tocqueville zielt nicht primär auf wissenschaftliche Beratung für Regierungshandeln ab. Vielmehr geht es ihm darum, politisches Handeln im reziproken Verhältnis von Strukturen und Akteuren zu beschreiben, zu bewerten und in Relation zu den Grundwerten der Gesellschaft zu setzen. Seine Analysen sollen die eigenständige Urteilsbildung der Adressaten ermöglichen und Maßstäbe formulieren, an denen sich die Demokratisierung einer Gesellschaft messen lassen muss.

Inhalt

1. Einleitung	30
2. Institutionalisierung der französischen politischen Wissenschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts	32
3. Politische Wissenschaft – Regierungs- oder Regierungs- und Gesellschaftsberatung	36
4. Politische Wissenschaft und Demokratie	41
5. Eine neue Wissenschaft der Politik	45
6. Resümee	48

1. Einleitung

Tocqueville stellt seinem Hauptwerk *De la Démocratie en Amérique* bekanntlich eine Forderung voran: „Eine völlig neue Welt bedarf einer neuen politischen Wissenschaft.“ (Tocqueville 2010: 16) Schon häufig wurde konstatiert, dass seinem Projekt, eine neue politische Wissenschaft zu schaffen, in der Forschung zu wenig Beachtung geschenkt wird (vgl. Hennis 1982: 385-407; Herb/Hidalgo 2005: 57-58). Über einige richtungsweisende Ansätze hinaus sind der Status dieser Wissenschaft und die wechselnden verwaltungspraktischen, individualpsychologischen und praxisrelevanten Akzente, die ihr vom Autor zugeschrieben werden, nach wie vor kaum erforscht.¹ Die meisten der interpretativen Arbeiten haben stattdessen den breiten Anspruch von politischer Wissenschaft, wie Tocqueville sie verstand, in soziologische, psychologische, historische und politische Ansätze disziplinar geschieden. So hat Jon Elster Tocqueville in eindrucksvoller Weise unlängst als den größten Soziologen des 19. Jahrhunderts gedeutet. Ihn interessiert weniger das Gesamtwerk als Einzelanalysen, soziale Mechanismen und Effekte sowie politische Psychologie (vgl. Elster 2009, 1991: 277-297, 1993: 101; Pels 1991). Seine Darstellung hat eine Debatte ausgelöst, in der die Spezifik von Tocquevilles Wissenschaft zum Thema wurde, die hierzulande kaum Beachtung fand (vgl. Bluhm/Krause 2005: 551-562). Dabei sind verschiedene analytische, aber auch historisierende Lesarten Tocquevilles aufeinander geprallt, ohne dass eine weitergehende Klärung seines Wissen-

1 Bei Saguiv A. Hadari (1989), Harvey Mansfield und Delba Winthrop (2006) sowie John C. Koritsansky (2009) finden sich dazu formale Überlegungen. Raymon Boudon (2005) und John Elster (2009) haben einzelne Aspekte des wissenschaftlichen Ansatzes Tocquevilles ausgeleuchtet, dabei aber die Frage der Adressaten der neuen politischen Wissenschaft außer Acht gelassen.

schaftsverständnisses und seiner Forderung nach einer „neuen Wissenschaft der Politik“ erfolgte (vgl. Review Symposium 2011: 361-380).

Vor diesem Hintergrund begreifen wir Tocqueville als einen dezidiert politischen Wissenschaftler. Anstelle individueller Handlungsoptionen wie bei Elster rücken wir das spezifische Erkenntnisinteresse Tocquevilles, den langfristigen Wandel und die Komplexität demokratisch-sozialer Prozesse zu beschreiben, in den Mittelpunkt unserer Adressaten akzentuierenden Untersuchung. Tocqueville hat bekanntlich eine neue politische Wissenschaft für eine ganz neue Welt gefordert und damit nicht nur die USA gemeint. Vielmehr beschreibt er die Demokratie in Amerika in der Perspektive eines demokratischen Prozesses, der sich auch in Europa vollzieht. Die moderne Demokratisierung wird von ihm als lang dauernde gesellschaftliche Bewegung gefasst, die tradierte institutionelle Formen und gesellschaftliche Bedingungen auflöst und an ihre Stelle die Gleichheit der politischen und rechtlichen Bedingungen setzt (vgl. Manent 1982: 13-29). Die „unaufhaltsame zunehmende Gleichheit der Bedingungen“ (Tocqueville 2010 Bd. I: 17), die Tocqueville weder euphorisch begrüßt noch aus einer antidemokratischen Haltung heraus kritisiert, sondern stattdessen als einen andauernden gesellschaftlichen Wandel geradezu als schicksalhaft begreift (Tocqueville 1865: 177 f.), reißt alle äußeren Umstände und Wertmaßstäbe mit sich fort und muss daher aus der gesellschaftlichen Erfahrung selbst abgeleitet werden. Denn Demokratie ist für Tocqueville nichts Beständiges oder Abstraktes, sondern kann nur als Prozess beschrieben werden, dessen Darstellung selbst politisch ist.

Nimmt man diesen theoretischen Ansatz Tocquevilles ernst, so stellen sich zwei zentrale Fragen. Inwieweit erfolgt mit der neuen Wissenschaft der Politik eine Abgrenzung vom Wissenschaftsverständnis seiner Zeit und worin besteht das innovative Potenzial des neuartigen Konzeptes? Beiden Fragen wollen wir im Folgenden nachgehen. Dafür werden wir auf den institutionellen Rahmen der Politikwissenschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Frankreich eingehen und die mit der weiteren wissenschaftlichen und politischen Institutionalisierung dieser Wissenschaft verbundenen Aufgaben umreißen. Exemplarisch werden wir die Debatten anhand der Auseinandersetzung zwischen François Guizot und Alexis de Tocqueville darstellen, die – trotz eines gemeinsamen Wissenschaftskonzeptes, welches Strukturanalysen mit dem Handeln kollektiver Akteure verbindet – auf divergierende Politik- und Demokratieverständnisse zurückzuführen sind.² Besondere Beachtung wollen wir dem erfahrungswissenschaftlichen Ansatz schenken, der in *De*

2 Dass sie sich auch sukzessiv politisch voneinander entfernten, ist für unsere Argumentation nicht relevant. Vergleiche dazu Rosanvallon (1995) oder Craiutu (2003 a, 2003 b).

la Démocratie en Amérique entfaltet wird. Die Darstellung von Tocquevilles spezifischer Methode und ihrer theoretischen Voraussetzungen sollen verdeutlichen, dass er die Neubeschreibung der politischen und sozialen Welt als politische Arbeit versteht. Sein anspruchsvolles gesellschaftstheoretisches Herangehen und dessen praktisch-politische Stoßrichtung wollen wir anhand seines Wirkens an der *Académie des Science morales et politiques* aufzeigen.

2. Institutionalisation der französischen politischen Wissenschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Tocqueville hat die neue Wissenschaft der Politik zu einer Zeit gefordert, als die Gesellschaftswissenschaften akademisch noch unter dem Dach der Allgemeinen Staatslehre angesiedelt waren. Aufgrund dieser institutionellen Verknüpfung verfolgten sie eine spezifisch politische und wissenschaftliche Rationalität, die man im Auge behalten muss, um den neuen Ansatz Tocquevilles zu verstehen. Schon während seiner Studienzeit wurde er von seinem Lehrer François Guizot mit der Einsicht konfrontiert, dass der Staat nicht nur mit Rechtsausübung gleichzusetzen sei, sondern umfassende wirtschaftspolitische und gesellschaftsgestaltende Funktionen auszuüben habe.³ Dieses Verständnis von Politik und Staat hatte sich bereits im Laufe des 18. Jahrhunderts abgezeichnet, als die politischen und sozialen Wissenschaften in Frankreich in den Akademien des Landes vereint worden waren. Eine kurze Skizze dieser Entwicklung soll verdeutlichen, welche gesellschaftspolitischen Aufgaben den politischen Wissenschaften dabei zugeschrieben wurden und welche institutionellen Voraussetzungen und politischen Einflussmöglichkeiten ihnen offen standen.

Eine besondere Bedeutung bei der Etablierung der politischen Wissenschaften kommt den Akademien zu, deren Gründung im 18. Jahrhundert auf das Bemühen zurückgeht, die neuen akademischen Disziplinen wie politische Ökonomie, politische Arithmetik, Rechtswissenschaften und Kameralwissenschaften institutionell zu bündeln und inhaltlich zu verknüpfen (vgl. Aucoc 1889). Die Notwendigkeit eines neuen wissenschaftlichen Ansatzes begründet Abbé Saint-Pierre 1733 folgendermaßen: „Unsere Politik steckt immer noch in den Kinderschuhen, solange wir darauf drängen müssen, dass unsere Minister, jeder in seinem Bereich, darauf

3 In den 1820er Jahren publizierte Guizot mehrere politisch-historische Arbeiten, unter anderem *Essai sur l'histoire de France du Ve au Xe siècle* (1823), *Histoire de Charles Ier* (1827) und *Histoire générale de la civilisation en Europe* (1828). Wie Francois Furet gezeigt hat, trat Tocqueville seit seiner Zuhörerschaft in eine intensive akademische und politische Auseinandersetzung mit Guizot (Furet 1978: 177 ff.).

achten müssen, der Öffentlichkeit jene Zahlen zur Verfügung zu stellen, die in eine Wissenschaft der Regierung münden sollten. [Eine] politische Akademie muss die Verantwortung für diese Aufgabe übernehmen. Wir haben großes Interesse an dieser praktischen Wissenschaft. Andernfalls können wir nur Beispiele auf eine einfache Arithmetik zurückführen, die auf Zählungen beruht." (Saint-Pierre 1733: 264 f.) Saint-Pierre kritisiert die beginnende Statistik, wie sie sich ab der Mitte des 18. Jahrhunderts etabliert (vgl. Brian 1994: 16 ff.). Diese gebe zwar Auskunft über die Bevölkerungsentwicklung des Landes, liefere aber keine Grundlage für die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Denn diese sei auf die Analyse sozialer Zustände und Entwicklungen angewiesen. Habe die zunehmende Verschuldung des Landes und die Suche nach neuen Einnahmequellen die Statistik als eigene Disziplin vorangetrieben, so mache die inbegriffene Wirtschafts- und Sozialpolitik neue wissenschaftliche Ansätze und Methoden notwendig, dringe sie doch in Bereiche ein, die gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge berühren, welche allein mit Kenntnis der Rechtslage oder mithilfe der Statistik nicht verstanden werden können: „Die Kunst des Regierens oder, wenn Sie wollen, der Politik ist, im Vergleich zu anderen oder allen Wissenschaften zusammen, nützlicher, um das Wohl der menschlichen Gesellschaft zu steigern und ihre Übel zu begrenzen, weil sie selbst alle Wissenschaften umfasst, sei es, weil sie nützlich sind, sei es, um das Glück der Menschen auf Erden zu steigern oder ihre Hoffnung auf Unsterblichkeit zu erfüllen“ (Saint-Pierre 1733: 4).

Doch erst mit der Französischen Revolution und der Gründung des *Institut de France* (1795)⁴ können sich die im Laufe des 18. Jahrhunderts sozial orientierten Wissenschaften institutionell selbständig unter einem Dach als *Académie des sciences morales et politiques* organisieren (de Franqueville 1895; Guizot 1860: 148 ff.). Erklärtes Ziel der neuen *Académie des sciences morales et politiques* ist es, das Regierungshandeln auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen.⁵ So wie mit der Verankerung der Menschenrechtserklärung legislatives Handeln auf die „einfachen und unbestreitbaren“ Prinzipien zurückgeführt worden ist, soll auch die Exekutive eine neue Handlungsgrundlage erhalten, die nicht nur die mit der Verfassung erstrebte Herrschaft des Gesetzes absichert, sondern auch das Verwaltungs-

4 Die Schaffung des Institutes beruhte auf der im Thermidor erlassenen Verfassung (22. August 1795).

5 Die Mitglieder der *Académie des sciences morales et politiques*, die fortan eine Schlüsselrolle in den Debatten über Bildungsreform, Gesundheitspolitik und wirtschaftliche Fragen übernahmen, organisierten sich nach folgenden Schwerpunkten: *Analyse des sensations et des idées* (Erforschung der Empfindungen und Vorstellungen), *Morale* (Ethik), *Science sociale et législation* (Sozial- und Rechtswissenschaften), *Économie politiques* (Volkswirtschaft), *Histoire* (Geschichtswissenschaft), *Géographie et statistiques* (Geographie und Statistik).

handeln auf ein sicheres, der Gefahr des Despotismus und der Willkür entzogenes wissenschaftliches und damit aller Zweifel erhabenes Fundament stellt. Die Akademie hat folglich zweierlei Aufgaben zu erfüllen. Einerseits soll sie die Gemeinschaft stiftenden politischen Ziele formulieren, andererseits hat sie den Auftrag, praktisches Handlungswissen zu liefern. Die neu gebildete Akademie hat allerdings nicht lange Bestand. Unter Napoleon wird der progressive Teil des *Institut de France*, zu dem die *Académie des sciences morales et politiques* gehört, durch ein Dekret im Januar 1803 aufgelöst. Erst nach seinem Sturz und der folgenden Restaurationszeit (1815-1830) kann die Akademie wieder eröffnet werden.

Die Initiatoren der Neugründung der *Académie des sciences morales et politiques* sind Intellektuelle, die dem liberalen Flügel der Opposition unter der Restauration angehören, insbesondere François Guizot und Victor Cousin, die beide ab 1828 an der Sorbonne lehren (vgl. Aucoc 1889: 290 ff.). Ihr erklärtes Ziel ist es, ein Ende der Kämpfe zwischen konservativen Verteidigern der absolutistischen Monarchie und revolutionären Republikanern zu bewirken (vgl. Guizot 1860: 150). Aus ihrer Sicht kann nur eine moderate, verfassungsmäßige Ordnung eine stabile Basis für die Zukunft Frankreichs sichern. Guizots letzte Vorlesung über die *Geschichte der Zivilisation* streicht dies, bevor er kurz darauf 1830 als Minister ins Kabinett Louis Philipps berufen wird, klar heraus: „Man soll es nicht verschweigen, sondern laut bekennen“, ruft er seinen Studenten zu, „dass bei dem Triumph, welchen die menschliche Vernunft zu Ende des vorigen Jahrhunderts feierte, viel irriger Wahn und eine unleidliche Tyrannei in ihrem Gefolge gingen. Es ist die Pflicht, und wird hoffentlich das Verdienst unseres Zeitalters sein, anzuerkennen, dass jede menschliche Gewalt, sie mag geistiger oder materieller Art sein, sie mag von Regierungen oder von Völkern, von Philosophen oder von Staatsmännern ausgeübt werden, mangelhaft ist, ausarten und missbraucht werden kann, wenn ihr nicht bestimmte Grenzen gesetzt sind. [...] Dies, meine Herren, ist die große Lehre, die für uns aus dem Kampfe erwächst, welcher im vorigen Jahrhundert zwischen der unbeschränkten Macht der Regierung und der unbeschränkten Macht des menschlichen Geistes stattgefunden hat.“ (Guizot 1828: 40 f.) In Erinnerung an die Revolution verteidigt Guizot aber nicht nur den Rechtsstaat, er kritisiert zugleich eine Tendenz in den Gesellschaftswissenschaften, die die Theorie von ihrer politischen Verantwortung trennt, wie er sie an den Universitäten des Landes, aber auch bei den wissenschaftlichen Autodidakten wie Charles Fourier oder Saint Simon beobachtet. Um diesem Trend entgegenzuwirken soll es erklärte Aufgabe der neu zu gründenden Akademie sein, die verschiedenen Gesellschaftswissenschaften zu vereinen, ihre politische Handlungsrelevanz herauszustreichen und ihr Wissen in den Dienst des Staates zu stellen.

Sieht man sich die Veröffentlichungen in den ersten Jahren der Akademie an, so wird deutlich, dass sich viele Werke diesem Grundsatz verpflichtet fühlen und einen deutlich handlungsorientierten Ansatz aufweisen. Zu ihnen gehören Schriften zur Geschichte der Verwaltung und zum Verwaltungsrecht wie Adolph Chérueils *Histoire de l'administration monarchique en France: depuis l'avènement de Philippe-Auguste jusqu'à la mort de Louis XIV* (2 Bände, 1855), Jean Pierre Cléments *Histoire, vie et administration de Colbert* (1846) und *Les Assemblées provinciales sous Louis XVI* (1863), Maurice Blocks *Dictionnaire de l'administration française* (1856) sowie Rodolph Dareste de la Chavannes *La justice administrative en France* (1862). Einen Forschungsschwerpunkt bilden aber auch die sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen der französischen Gesellschaft in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Zu nennen sind Henri Doniols *Histoire des classes rurales en France* (1857) und Louis Reybauds *Études sur les réformateurs ou socialistes modernes* (2 Bände, 1840-43). Getreu zum Diktum, Wissenschaftlichkeit und praktische Relevanz zu verbinden, zielt die Akademie bei ihren Ausschreibungen zudem auf Arbeiten, die mit philosophischen, ökonomischen, rechtlichen und politischen Studien die Arbeits- und Lebensbedingungen der städtischen Bevölkerung zu erfassen suchen. Obwohl keine dieser Studien wissenschaftliche Verbreitung findet, spielen sie für die frühe Entwicklung der Sozialwissenschaften eine entscheidende Rolle. Denn mit ihren Fragestellungen etabliert die Akademie nicht nur ein eigenes soziales Forschungsfeld, sie tut es auch mit explizit sozialpolitischer Ausrichtung. Darüber geben die Vorträge und Preisträgerschriften der Jahre zwischen 1832 und 1860 ein beredtes Zeugnis ab (vgl. Institut de Frances 1901). Die am häufigsten angesprochenen Themen sind Pauperismus, Kriminalität und Gesundheitsfragen. Andere Themen wie Pressefreiheit, Religionsfreiheit oder Gefängnisreform werden von den parlamentarischen Kommissionen vorgegeben. Die Akademie kann sich auf diese Weise als ein wissenschaftliches Zentrum etablieren, das der Regierung bei der Ausübung ihrer Aufgaben Hilfestellung leistet und sie berät. Ihre Mitglieder und Preisträger untersuchen und analysieren gesellschaftliche Prozesse und formulieren für den von der Regierung vorgegebenen Handlungsrahmen neue politische Ansatzmöglichkeiten. Aufbereitet in Form von umfangreichen wissenschaftlichen Studien und Dokumentationen oder als kurze Stellungnahmen stellt die Akademie ihr Sach- und Fachwissen in den Dienst des Staates.

3. Politische Wissenschaft – Regierungs- oder Regierungs- und Gesellschaftsberatung

Der hohe Aktualitätsgrad und die gesellschaftspolitische Relevanz der bearbeiteten Themen rücken die *Académie des sciences morales et politiques* immer wieder in den Mittelpunkt politischer Debatten (vgl. Franqueville 1895). Aber auch intern bestimmen Auseinandersetzungen über Ziele, Methoden und Anwendungsgebiete die Akademie. Exemplarisch und zugespitzt lässt sich dies anhand der Gegenüberstellung der Grundkonzeptionen von François Guizot und Alexis de Tocqueville, den beiden führenden politischen Denkern der *Académie des sciences morales et politiques*, veranschaulichen.

François Guizot ist in den Anfangsjahren ohne Zweifel der prominenteste Vertreter der Akademie, deren Neugründung wesentlich auf sein Engagement zurückgeht.⁶ Bereits 1830 schlägt er dem König die Wiederherstellung der Akademie als „indirekte, aber nützliche Unterstützung“ (Guizot 1860: 149) für die neue Regierung vor, die er dann mit seinem Wiedereintritt ins Kabinett 1832 umsetzt. Guizot wird zum führenden Mitglied der Sektion *Moral*, wodurch er wesentlich für die inhaltliche und politische Grundausrichtung der Akademie zuständig ist. Für Guizot ist diese Position äußerst wichtig, bilden die moralischen und politischen Wissenschaften im postrevolutionären Frankreich in seinen Augen doch eine unverzichtbare geistige Kraft (vgl. Guizot 1828: 1-43). Guizots Konzeption der politischen Wissenschaften zielt auf die Vereinbarkeit von intellektueller Reflexion mit den konkreten politischen und administrativen Anforderungen der Regierung. Mit anderen Worten: Ihm geht es darum, mithilfe der *sciences morales et politiques* ein Zentrum der Regierungsberatung zu etablieren.⁷

Guizot ist davon überzeugt, dass die Regierung eine führende Rolle in der Gesellschaft spielen muss. Deshalb kritisiert er eine schwache und intransparente Form der Macht, die stets versucht ist, alle Mittel zu ergreifen, um ihre Vorrechte und ihren Einfluss zu erweitern. „Ungeübt ist Macht feige“, schreibt er 1821 in *Des conspirations et de la justice politiques*. „Feige, und sie wird gewalttätig.“ „Unfähigkeit“ führe zu „Angst“, „Angst“ zu „Gewalt“, die wiederum nur ein Mittel kenne: „Ungerechtigkeit“. „Staatsstreiche werden notwendig, und in der Rechtfertigung ihrer Sorgen vertuscht die Regierung, indem sie Strafen anwendet, ihre eigenen

- 6 Zu Guizot vergleiche generell die wichtige Monographie von Rosanvallon (1985). Wir folgen seiner und Aurelian Craiutus Neubewertung von Guizot, die beide akzentuieren, dass es sich bei Guizot um einen elitären Liberalismus des Regierens im Gegensatz zum vorgängigen Liberalismus der Opposition handelt, der sich nicht um die Fragen des Regierens kümmert hat, und bauen diesen Gedanken weiter aus (vgl. Craiutu 2003 a: 261-284, 1999: 456-493; Drolet 2011: 645-690; Rosanvallon 2001: 687-701). Vergleiche dazu auch Lucien Jaume, der anhand der politischen Debatten zwischen 1814 und 1880 die verschiedenen Strömungen des französischen Liberalismus differenziert (Jaume 1997).
- 7 Zur spezifischen Rolle Guizots siehe Rosanvallon 1985; Craiutu 2003 a: 125-155, 2003 b: 261-284.

Fehler.“ (Guizot 1821 a: 24) Intransparent und generalisierend richte sich die Regierung aber nicht nur gegen die Gesellschaft. In Reaktion auf ihr eigenes Fehlverhalten führe sie auch zu einer zunehmenden gesellschaftlichen Entpolitisierung: „Die erste und allgemeine Reaktion, die das Fehlverhalten der Regierung den Menschen einflößt, ist Gleichgültigkeit. Wenn die öffentliche Verwaltung unsicher handelt und ihre Tätigkeit nicht nachvollziehbar ist sowie im Gegensatz zu den allgemeinen Interessen des Landes steht, ziehen sich die Bürger ins Privatleben zurück.“ (ebd.) Die Folge sei eine Trennung von eigenem Interesse und öffentlichem Wohl, die sich beide nur noch auf materielle Beziehungen stützten.

Guizot plädiert deshalb für eine beschränkte, aber offene und transparente Form der Regierung, um die gesellschaftlichen Prozesse steuernd und fördernd gestalten zu können. Ziel der Akademie soll es sein, das Regierungshandeln auf eine wissenschaftliche und durch Beratung und Studien empirisch gestützte Entscheidungsbasis zu stellen. Die Regierung soll in der Lage sein, die gesellschaftlichen Entwicklungen zu erkennen und angemessen darauf zu reagieren.⁸ Deshalb kritisiert er, dass sich an ihren Aufgaben und Strukturen seit der Revolution wenig geändert habe: „Die Verachtung des Rechts, die Vernachlässigung der Öffentlichkeit, das Fehlen von Gemeinwohlvorstellungen, die Gleichgültigkeit gegenüber dem Wahren und Falschen, die Vernachlässigung der Zukunft, die Versklavung der Politik gegenüber Cliques, Einzelbedürfnissen und privaten Interessen“, all dies wirft Guizot der Exekutive vor, nicht ohne darauf zu verweisen, dass dies bedeute, „das Wesen und das grundlegende Ziel unserer Regierung zu verletzen“ (Guizot 1821 b: 78 f.).

Umso größer ist der Anspruch, den Guizot mit den politischen Wissenschaften erhebt. Sie sollen eine Politik ermöglichen, die eine Herrschaft der Vernunft (*souveraineté de la raison*) mit Politikfähigkeit (*capacité politique*) und kognitiver Repräsentation (*représentation cognitive*) verbindet. Unter Letzterem versteht Guizot eine rationale Abbildung des politischen Willens: „Es gibt in jeder Gesellschaft eine bestimmte Menge von wahren Ideen. Diese sind unter den Menschen, die die Gesellschaft bilden, ungleichmäßig verteilt [...]. Das Problem ist, alle verstreuten und unvollständigen Fragmente dieser Vernunft zu sammeln, zu konzentrieren und in einer Regierung zu vereinen [...]. Was man Repräsentation nennt, ist nichts anderes, als dieses Ziel zu erreichen.“ (Guizot 1822: 149 f.) Guizot überträgt diesen elitären Ansatz von Vernunft, der darauf zielt, die „inneren Triebkräfte einer Gesellschaft“ (ebd.) zu erkennen und durch Regierungshandeln zu steuern, auf die politischen Wissenschaften, die für ihn in der Lage sein müssen, gesellschaftliche Prozesse

8 Das Gegenteil hatte er am Ancien Regime immer wieder kritisiert. Vergleiche *Archives philosophiques, politiques et littéraires, juin 1818*, 404. Darauf verweist auch Tocqueville (1989 : 439-534). Vergleiche auch Richter 2006: 245-275.

aufzuzeigen und den am Gemeinwohl orientierten politischen Handlungsbedarf herauszuarbeiten. Diese Vorstellung hat freilich wenig mit demokratischen Willensbildungsprozessen zu tun. Guizots Ansatz, die Regierungspolitik auf vernünftige, rationale, transparente und in Einklang mit der Gesellschaft befindliche Grundsätze zu stellen, verkehrt sich in sein Gegenteil, insofern er die Funktion der Exekutive überbetont und die Grundlagen ihres Handelns letztendlich dem gesellschaftlichen Dialog entzieht. Was Guizot postuliert, ist, wie Oliver Ihl es beschreibt, eine neue Beziehung von Öffentlichkeit und Geheimhaltung (vgl. Ihl 2004: 129). Sein Begriff von Transparenz formuliert lediglich eine Technik im Bereich der Regierungstätigkeit. Zwar gesteht Guizot ein, dass unter der Demokratie, eine Geheimhaltungspolitik, eine „politique du secret“ (vgl. Vincent 1998: 26 ff.), nicht mehr möglich ist, dennoch verteidigt er eine spezifische Form des Regierungswissens. Dabei handelt es sich maßgeblich um administrative Kenntnisse, die für ihn mit allen Datensätzen, Kalkulationen, Rechtsvorschriften etc. ausschließlich Teil der Regierungstätigkeit sind. Guizot geht es um ein wissenschaftlich gestütztes Regierungshandeln, nicht um eine am politischen Handeln orientierte politische Wissenschaft.

Von einer solchen Konzeption der politischen Wissenschaften hebt sich Tocquevilles neue Wissenschaft der Politik deutlich ab, auch wenn Guizot und Tocqueville eine Reihe von Ideen teilen. Zweifellos ist Tocqueville, als er den ersten Band von *De la Démocratie en Amérique* zu schreiben beginnt, von Guizots These geprägt, dass die innere Dynamik der Gesellschaft die politischen Institutionen bestimmt (vgl. Rosanvallon 1985: Kap. 4/5; Gauchet 2002, 2007: Kap. 7). Guizot hat die Priorität des Sozialen vor dem Politischen in seinen Vorlesungsreihen *l'Histoire de la civilisation en Europe* (1828) und *Histoire de la civilisation en France* (1830), zu deren Hörern Tocqueville zählte, immer wieder betont.⁹ Guizot ist es auch, der explizit vom „état social démocratique“ spricht und damit die begriffliche Trennung

9 „Durch das Studium der politischen Institutionen“, schreibt Guizot, „haben die meisten Schriftsteller, Wissenschaftler, Historiker und Publizisten versucht, die Gesellschaft und den Grad oder die Art ihrer Zivilisation zu kennen. Es wäre weiser gewesen, zuerst die Gesellschaft selbst zu studieren, um ihre politischen Institutionen zu kennen und zu verstehen. Bevor die Institutionen zur Ursache werden, sind sie das Produkt der Gesellschaft; die Gesellschaft schafft sie, bevor sie durch diese verändert wird, und anstatt sich das System oder die Form der Regierung anzuschauen, um zu wissen, was der Zustand eines Volkes ist, ist es das Volk, was untersucht werden muss, um herauszufinden, was die Regierung ist [...]. Die Gesellschaft, ihre Zusammensetzung, die sozialen Beziehungen der Individuen, die Verhältnisse der verschiedenen Klassen, das Selbstverständnis der Menschen, das sind die Fragen, die die Aufmerksamkeit des Historikers hervorrufen, der das Leben der Völker begleitet, und des Publizisten, der wissen will, wie sie regiert werden [...]. Das Studium des Landes muss also dem der Personen vorausgehen. Um die politischen Institutionen zu verstehen, ist es notwendig, die verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen und ihre Beziehungen zu kennen.“ (Guizot 1823: 87 f.).

von Demokratie als Staatsform und Demokratie als Gesellschaftsform einführt.¹⁰ Gesellschaft und politische Ordnung sind demnach nicht identisch, aber die Konstitution der Gesellschaft, die auf Überzeugungen, Gewohnheiten, Sitten und Interessen beruht, beeinflusst die politische Ordnung.

Tocqueville übernimmt diesen strukturellen Ansatz von Guizot, modifiziert ihn jedoch bei der Analyse der amerikanischen Gesellschaft. Bei ihm steht der „*état social démocratique*“ für die Vorstellung einer durchgängigen Demokratisierung der Gesellschaft als eines dynamischen Prozesses. Er beinhaltet nicht nur die Nivellierung sozialer und rechtlicher Standesunterschiede, wie sie Guizot auch beschreibt, sondern ebenso die Transformation tradierter Erfahrungsmuster, sozialer Erwartungshaltungen und politischer Handlungsräume. Sein Blick richtet sich folglich, viel stärker als bei Guizot, auf das komplexe Zusammenspiel von gesellschaftlichen Transformationsprozessen und den institutionellen Formen sedimentierter gesellschaftlicher Erfahrung. Gesellschaftliche Institutionen, soziale Akteure und politische Kultur sind in Tocquevilles Analyse aber nicht nur aufeinander bezogen, sondern auch voneinander abhängig bzw. beeinflussen sich untereinander. Er hat dies anhand verschiedener Themen (Wahlrecht, Versammlungsfreiheit, kommunale Selbstverwaltung etc.) eingehend erläutert. So erklärt er einleitend im Kapitel über die Pressefreiheit: „Die Wirkung(en) der Pressefreiheit sind nicht nur in den politischen Meinungen, sondern in allen Ansichten des Menschen spürbar. Sie verändert nicht bloß die Gesetze, sondern die Sitten. [Ich werde] festzustellen versuchen, welchen Einfluss die Pressefreiheit in den Vereinigten Staaten auf die bürgerliche Gesellschaft ausgeübt hat; ich werde die Richtung zu erkennen trachten, die sie dem Denken gegeben, und die Gewohnheiten, die der Geist und das Fühlen der Amerikaner durch sie angenommen haben.“ (Tocqueville 2010 Bd. II: 289)

Im Gegensatz zu Guizot, für den der Grad der sozialen Entwicklung durch den reflektierenden Sinn der Regierung aufgenommen werden muss, weshalb er gesellschaftliche Prozesse als ununterbrochen regiert bzw. reguliert vorstellt, beschreibt Tocqueville nicht nur einen dynamischen Wandel der Gesellschaft, sondern darüber hinaus das diesem Prozess zugrunde liegende komplexe Zusammenspiel von gesellschaftlichen Institutionen, sozialen Handlungsräumen und politischen Erwartungshaltungen der Bürger (vgl. Richter 2004: 61-82). Ihn interessiert nicht nur das Regieren, sondern das Funktionieren des wechselseitigen Zusammenhanges von Gesellschaft und Politik, was er anhand vielfältiger Mechanismen und Prozesse untersucht. Sein politisches Ziel ist daher nicht bloß eine Aufklärung der Regierung,

10 Explizit ist Guizot auf diese Unterscheidung in einem kleinen Aufsatz eingegangen, den er in der *Revue des Deux Mondes* 1849 veröffentlicht hat (Guizot 1849b: 294-307).

sondern die Selbstaufklärung einer Gesellschaft über die ihr zugrunde liegenden sozialen und politischen Mechanismen. Tocqueville ersetzt das breit angelegte Zivilisationsmodell des gesellschaftlichen Wandels von Guizot durch die Analyse konkreter sozialer und politischer Erfahrungswelten, wodurch es ihm gelingt, neben den sozialen Prozessen auch die Notwendigkeit der demokratischen Entwicklungen der politischen Ordnung zu betonen.¹¹

Muss für Guizot die Gesellschaft durch ein gewisses Maß an Rationalität geführt werden, worin er die besondere Rolle der Regierung erblickt, durch deren Stabilität alleine die politische Ordnung gewahrt werden kann, deutet Tocqueville die gesellschaftliche Dynamik als einen Prozess, der sowohl die Gesellschaft als auch ihre Institutionen erfasst. Die Rolle der politischen Wissenschaft ist es dabei, gesellschaftliche Prozesse für eine breite Öffentlichkeit zu beschreiben, Deutungsmuster zu entwickeln und diese dem breiten gesellschaftlichen Diskurs zur Verfügung zu stellen, um die Formen des sozialen und politischen Wandels dem politischen Diskurs und nicht dem Zorn der Betroffenen oder dem Machtstreben einzelner gesellschaftlicher Akteure zu überlassen. Verteidigt Guizot den Gedanken einer gesellschaftlichen Elite, weil es für ihn unmöglich ist, dass alle nur von solchen Gesetzen regiert werden, die die Zustimmung aller Individuen erhalten haben oder gegen den Willen von Minderheiten durchgesetzt worden sind, erläutert Tocqueville anhand seiner Beobachtungen in den Vereinten Staaten politische Prozesse, die von den Bürgern mitgetragen werden, weil sie in diese integriert worden sind, auch wenn die Entscheidung nicht ihren eigenen Überzeugungen entspricht.

In Amerika ist es die Gesellschaft, die sich unter den Bedingungen der Dezentralisierung selbst regiert. Für Tocqueville ermöglicht dies, dass sich Erfahrungen von Freiheit und Selbstbestimmung in den habitualisierten sozialen Praktiken und im Selbstverständnis der Bürger niederschlagen können. Damit beschreibt er eine Bürgergesellschaft, wie sie in Frankreich zu dieser Zeit unvorstellbar ist, weil hier sowohl das politische Vereinsrecht als auch der freie Meinungs-austausch eingeschränkt sind. Darüber hinaus gibt es weder die vielfältigen kommunalen und lokalen Partizipationsformen, die Tocqueville so ausführlich am Beispiel New Englands darlegt, noch wird dem Volk zugetraut, sich durch ein allgemeines Wahlrecht als Bürger einzubringen. Aus dieser unterschiedlichen politischen Ausgangsbasis ergibt sich das differente Bild, welches Guizot und Tocqueville von der demokratischen Entwicklung in Frankreich und den Vereinigten Staaten zeichnen. Demokratie ist für Guizot unter dem Aspekt der Gleichheit eine abstrakte und exklusive

11 Diese erfahrungswissenschaftliche Seite betont auch Jürgen Feldhoff, der Tocqueville insgesamt allerdings als soziologischen Strukturanalytiker deutet (Feldhoff 1968: 14).

Form der politischen Mitbestimmung, während Tocqueville in seiner Analyse der amerikanischen Demokratie gerade in der Ausweitung der politischen Partizipationsmöglichkeiten die wesentliche Grundlage dafür sieht, dass der Prozess der Demokratisierung auf eine offene und friedliche Grundlage gestellt werden kann. Es geht Tocqueville folglich weder um Politikerberatung für eine Regierung noch um die einfache Offenlegung politischer und gesellschaftlicher Mechanismen, sondern um die Beschreibung gesellschaftlicher und politischer Handlungsräume und die Bedingungen der Möglichkeit von Freiheits- und Gleichheitserfahrung. Damit sprengt er sowohl den aufklärerischen Anspruch von Wissenschaft, wie man ihn bei Guizot findet, als auch dessen starre Fixierung auf das Regierungshandeln.

4. Politische Wissenschaft und Demokratie

Die Differenz der Demokratie- und Politikauffassungen von François Guizot und Alexis de Tocqueville tritt vor allem nach der Revolution von 1848 deutlich zutage.¹² Guizot verteidigt seine nun offensichtlich elitäre Politikkonzeption und wendet sich gegen jede Auffassung von Wissenschaft, die auf die Selbstaufklärung der Bürger zielt. Von seinem englischen Exil aus greift er die Demokratie als politisches System direkt an: „Diese Idee muss ausgerottet werden. Der soziale Frieden ist der Preis. Und mit dem sozialen Frieden, die Freiheit, die Sicherheit, der Wohlstand, die Würde und alle Werte, alles Eigentum, die er garantiert“ (Guizot 1849 a: 11). Demokratie, unter dem Vorwand der Aufrechterhaltung legitimer Gleichheit, führt in Guizots Augen unwillkürlich zum „Despotismus der Zahl“, dem heftigsten und ungerechtesten aller Prinzipien (ebd.: 65). Guizot zeichnet ein finsternes Bild von Frankreichs Zukunft, für die er nun auch Tocqueville verantwortlich macht. „Ich denke nur an die Situation in meinem Land“, leitet er seine im Januar 1849 erschienene Schrift *De la Démocratie en France* ein. „Je mehr ich darüber nachdenke, desto mehr bin ich davon überzeugt, dass das große Übel, das Übel, das am unteren Rand aller Übel ist, das seine Regierungen und Freiheiten, seine Würde und sein Glück zerstört und untergräbt, das Böse, das ich angreife, der demokratische Götzendienst ist.“ (2) Der Zweiten Republik, deren Verfassung teilweise von Tocqueville ausgearbeitet wurde, bescheinigt er denn auch kein langes Überleben: „Was bedeuten heute, unter uns, die Worte ‚Demokratische Republik‘, die als offizieller Namen, als Symbol der Regierung gelten? Sie sind das Echo eines alten sozialen Schlachtrufes: eines Krieges, der heute wieder auf allen Ebenen der Gesellschaft wiederkehrt; wütend gegen bestimmte Klassen von anderen Klassen ausgesprochen, die

¹² Guizot galt fortan als überzeugter Verfechter konservativer Ideen. Zur Begriffsgeschichte von Demokratie vergleiche Rosanvallon 1995: 140-154.

ihn wiederum gegen sich selbst gewendet hören.“ (Guizot 1849 a: 39 f.) Für Guizot kann es keine demokratische Regierungsform geben, ist sie in seinen Augen doch unvereinbar mit politischer Freiheit und individuellen Rechten.

Dies steht im Gegensatz zu Tocquevilles Demokratieverständnis, der gerade seine Beschreibung der amerikanischen Gesellschaft dazu nutzt, die innere Dynamik der amerikanischen Demokratie unter den Aspekten von Freiheit und Gleichheit aufzuzeigen. Das republikanische Amerika avanciert beim liberal-konservativen Analytiker zum Beispiel für eine freiheitliche Demokratie. Durch ein kluges politisches Institutionenarrangement haben es die amerikanischen Gründungsväter erreicht, das Prinzip der Volkssouveränität auf alle Ebenen des föderalen Systems, von der Kommune bis zur Union, auszuweiten. Während die französischen Revolutionäre angetreten seien, alle kommunalen und regionalen Strukturen der Selbstverwaltung zu zerstören, weil man sie für ein Einfallstor aristokratischer Ansprüche gehalten habe, haben sie die amerikanischen Gründungsväter genutzt, um sie in das demokratische Gefüge der Regierung zu integrieren. Heute seien sie die Quelle einer aktiven Bürgergemeinschaft, die vor Gewalt und Willkür schützenden und freiheitsermöglichenden Institutionen und Grundlage der gefestigten politischen Kultur Amerikas (Tocqueville 2010 Bd. II: 503 ff.).

Was der republikanische Analytiker am Beispiel Amerikas hervorhebt, sind nicht nur Rechtsstaatlichkeit und eine verfassungsrechtlich geschützte politische Ordnung, sondern vor allem die transparenten Verwaltungsstrukturen und eine politische Praxis der Bürgerbeteiligung, die dazu beitragen, Freiheitsrechte zu wahren und auszubauen (vgl. Tocqueville 2010 Bd. II: 503; Schleifer 1980: 263-274). Tocqueville gelingt es, die Vereinigten Staaten nicht nur als Rechtsgemeinschaft zu verstehen, deren normatives Fundament in den Prinzipien des Republikanismus liegt, sondern als gelebte Demokratie zu beschreiben. Es sind die politischen Praktiken, die es in seinen Augen den Amerikanern erlauben, Selbstbestimmung und Rechtsstaatlichkeit als Fundament ihrer Gemeinschaft anzuerkennen. Demzufolge rückt Tocqueville die Konventionen, Traditionen, Gewohnheiten, vor allem aber die institutionalisierten Verfahren und Methoden in den Mittelpunkt seines Werkes, die dem Ideal des republikanischen Selfgovernments allererst Autorität verleihen. Es geht letztendlich um die zahlreichen kollektiven Selbstverständigungsdiskurse freier und gleicher Bürger, wie sie in den rechtlich institutionalisierten und verbindlichen Entscheidungsverfahren, insbesondere in der kommunalen Selbstverwaltung, stattfinden. In einem Brief an Edward Vernon Childe vom April 1857 macht Tocqueville dies mit geschichtsphilosophischem Unterton sehr deutlich: „Ich wünsche, dass das großartige Experiment des Selfgovernments, wie es derzeit in

Amerika stattfindet, erfolgreich ist. Wenn es fehlschlägt, wird das das Ende der politischen Freiheit auf Erden sein.“ (Craiu/Jennings 2009: 224)

Nur eine vielschichtige und robuste institutionelle Ordnung, die in der Lage ist, den Bürgern politische Erfahrungsräume von Freiheit und Gleichheit zu gewähren, kann demnach die immanenten Gefahren der Demokratie bekämpfen. In der Praxis bedeutet dies für Tocqueville, Möglichkeiten für alle Bürger zu finden, sich an der Selbstregierung und, soweit dies sinnvoll ist, an der stets zu begrenzenden Regierungstätigkeit zu beteiligen, und nicht nur diejenigen einzubinden, die nach Guizot im geschützten politischen Raum des Zensuswahlrechts eine geschlossene Elite bilden. Tocqueville kritisiert aus dieser Perspektive die politischen Geschehnisse in Frankreich, weil sie rechtliche Gleichheit auf den Trümmern des Standessystems durchsetzen, ohne dass sich die politischen und administrativen Strukturen ändern. Die Befreiung des Individuums bleibe das Unterfangen eines absolutistischen Apparats, eine bloße theoretische Rechtfertigung seines administrativen Handelns.¹³

Der Vergleich der gesellschaftlichen Demokratisierung in den beiden großen Flächenstaaten seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wird für Tocqueville zum zentralen Bezugspunkt in seiner Analyse der politischen Ideen und institutionellen Lösungen, in denen die Demokratie konkrete Formen angenommen hat. Die Geschichte Frankreichs und in vergleichender Perspektive der USA, Kanadas und Englands bilden vor allem im zweiten Band von *De la Démocratie en Amérique* das Untersuchungsfeld, auf dem sich die Widersprüche und die Dynamiken der anhaltenden Demokratisierung der Gesellschaft im exemplarischen wie kontrastiven Vergleich analysieren lassen.

Aus dieser Perspektive entwickelt Tocqueville eine Wissenschaftskritik, die sich gegen Guizot und dessen philosophischen Realismus wendete. So schreibt er 1840 an seinen englischen Übersetzer Reeves: „Ich denke, dass die Realisten sich täuschen, aber was noch wichtiger ist: ich bin sicher, dass die zu allen Zeiten gefährliche Tendenz der politischen Philosophie in unserer heutigen Zeit noch schädlicher ist. Die große Gefahr in demokratischen Zeiten ist, da können Sie sicher sein, die Zerstörung oder übermäßige Schwächung des sozialen Körpers. [...] Die realistische Lehre, in die politische Welt eingeführt, führt zu einem Missbrauch der Demokratie, sie unterstützt Despotismus und Zentralisierung, fördert die Verachtung der Rechte des Einzelnen, begünstigt eine Lehre von der Notwendigkeit, überhöht Institutionen und Lehren und macht aus der Nation alles und aus den Bürgern ein Nichts.“ (Tocqueville 2003: 52 f.) Die Gefahr besteht für Tocqueville darin, dass aus Generali-

13 Diese Kritik hat Tocqueville vor allem in *L'Ancien Régime et la Révolution* formuliert (Tocqueville 1952).

sierungen ein verzerrtes Verständnis der Gesellschaft erwächst. Abermals verteidigt er einen wissenschaftlichen Ansatz, der auf der Untersuchung der demokratischen Gesellschaft und ihrer politischen Erfahrungs- und Handlungsräume sowie die damit einhergehende Transformation sozialer Umgangsformen zielt. Er greift damit nicht nur ein abstraktes Verständnis von Demokratie, sondern auch den übersteigerten Erklärungsanspruch von politischen Theorien an, die die gesellschaftliche Dynamik und die erfahrungsbasierten Mechanismen der Selbstkorrektur demokratischer Prozesse vernachlässigen.

Viele zeitgenössische Beobachter haben diese Kritik Tocquevilles gewürdigt und als besondere Leistung seines Werkes hervorgehoben. So schreibt Paul Janet in seiner Rezension von *De la Démocratie en Amérique*: „Der originelle Ansatz Tocquevilles besteht darin, dass er die Demokratie als Objekt betrachtet hat, nicht zur Demonstration, sondern als Beobachtungsgegenstand, und obwohl man in seinen Erinnerungen die Namen der größten modernen Publizisten findet, wird man sehen, dass es niemanden gibt, der diese Idee hatte und sie mit der gleichen Absicht verfolgte. Die meisten sind Systematiker und Logiker, die über festgefügte Strukturen reden oder lediglich Argumente anführen: sie verteidigen oder verurteilen Demokratie nach einigen allgemeinen Prinzipien; aber nicht einer hat die Demokratie als eine soziale Tatsache akzeptiert und studiert [...]. Montesquieu, der größte politische Beobachter der Neuzeit, hat in Wirklichkeit nur zwei große politische Regierungsformen unterschieden, die Monarchie und die gemischte Regierung. Die Demokratie hat er nur als Historiker in der Antike angesiedelt. Man hat nicht genügend darauf verwiesen, dass er über die antiken Republiken die gleichen Ansichten vertrat wie Mably und Rousseau: was er Republiken nennt, ist nur ein antiker Traum; er hat keine Ahnung von der modernen Demokratie. Es ist Tocqueville, der der erste durchdringende und aufmerksame Beobachter dieser Demokratieform ist.“ (Janet 1861: 105) Demokratie ist für diesen Beobachter keine reine Staatsform, sondern wird als fortschreitende Demokratisierung einer Gesellschaft und ihrer Institutionen gedeutet. Gegenstand seines Werkes sind demnach nicht theoretische Neuerungen, sondern die spezifische Ausgestaltung des demokratischen Prozesses.

5. Eine neue Wissenschaft der Politik

1852 hält Tocqueville als Präsident der *Académie des sciences morales et politiques* eine programmatische Rede.¹⁴ Sie beginnt mit der Frage, was die politische Wissenschaft ist und was sie zu leisten vermag: „Meine Herren, die Akademie, in deren Namen ich heute die Ehre habe zu sprechen, ist seit ihrer Gründung Anfeindungen ausgesetzt gewesen; man hat ihr sogar die Daseinsberechtigung abgesprochen. Man muss zugeben, dass menschliche Handlungen festen Regeln unterliegen müssen, und dass die Moral eine Wissenschaft ist. Aber gilt das Gleiche für menschliche Gemeinschaften, wenn man über Gesellschaften spricht? Gibt es eine Wissenschaft der Politik?“ Tocqueville unterscheidet in seiner Rede zwischen Regierungskunst, „die mit den alltäglichen Schwierigkeiten ringt, der Vielfalt der Vorkommnisse folgt“ und „für die vorübergehenden Bedürfnisse des Augenblicks Sorge trägt“ (Bluhm 2006: 50), und der politischen Wissenschaft, „die sich mit der Führung der Gesellschaften beschäftigt“ und „den unermesslichen Raum abdeckt, der sich von der Philosophie bis zu den elementaren Arbeiten zum Zivilrecht erstreckt.“ (ebd.: 51) Gerade weil dieser Raum nahezu grenzenlos sei, biete „sie dem Blick keinen eindeutigen Gegenstand. Man verwechselt sie mit allen Kenntnissen, die sich direkt oder indirekt auf den Menschen beziehen, und in dieser Grenzenlosigkeit verliert man sie aus den Augen.“ (ebd.: 52)

Tocqueville greift mit seiner Trennung von Regierungskunst und politischer Wissenschaft nicht nur Guizot an, der die politische Wissenschaft nur als „Regierungsberatungswissenschaft“ etabliert sehen will, sondern er nutzt die Trennung als Verteidigung der spezifischen Rolle der politischen Wissenschaft. Deren Aufgabe sei es, die Prinzipien des politischen Handelns aufzuzeigen (vgl. Bluhm 2006: 53). Die politischen Wissenschaften dienen demnach der qualifizierten Selbstbeschreibung der Gesellschaft als politischer Gemeinschaft: „[B]ei allen zivilisierten Völkern sind die politischen Wissenschaften Schöpfer oder zumindest Gestalter jener allgemeinen Ideen“, die aus den „spezifischen gesellschaftlichen Umständen erwachsen“ und nach „denen die Politiker handeln“ (ebd.). Sie reflektieren für Tocqueville die Grundwerte der Gemeinschaft und deuten deren Selbstaussagen – beides genuin politische Aufgaben. Sie bieten damit zudem für alle politischen Handelnden eine wichtige Grundlage, die Maßstäbe des Handelns zu bestimmen, zu bewerten und kritisch zu hinterfragen. Ihre wesentliche Aufgabe sei es dabei, gesellschaftliche und politische Prozesse inklusive ihrer Ambivalenzen und paradoxen Effekte transparent zu machen und sowohl auf den Staat als auch auf die Gesell-

14 Diese Rede wird selten zitiert und interpretiert. Selbst im exzellenten *Cambridge Companion to Tocqueville*, herausgegeben von Cheryl B. Welch (2006), ist dies ein Desiderat.

schaft Einfluss zu nehmen. Den Gegenstand der neuen Wissenschaft der Politik bilde das komplexe Zusammenspiel von politischen Institutionen, gesellschaftlichen Akteuren und politischer Kultur. Tocqueville distanziert sich dabei deutlich von einem politischen „Buchwissen“, welches sich nur auf das politische Institutionengefüge konzentriert und „keine sehr große Hilfe zum Gelingen“ demokratischer Beteiligung bereitstellt (Tocqueville 2010 Bd. II: 493); aber er grenzt sich auch von einem einfachen und blinden politischen Pragmatismus ab. Aufgabe der politischen Wissenschaft sei hingegen, die habitualisierten Praktiken (Sitten, Bräuche und Erfahrungsräume) und institutionalisierten Strukturen zu thematisieren, die darüber entscheiden, ob sich die Handelnden als politische Akteure einer Gemeinschaft wahrnehmen können und ob aus Einwohnern Bürger werden. Tocquevilles Untersuchung der Auswirkungen institutioneller Praktiken auf das politische Bewusstsein und Sozialverhalten der Akteure macht dabei das komplexe und widersprüchliche Zusammenspiel zentraler Ordnungsprinzipien der Demokratie sichtbar, die sich allein aus den Rechtsprinzipien nicht ableiten lassen. Er kann auf diese Weise sowohl die Enthusiasten als auch die Verächter der Demokratie in die Schranken weisen. Indem er auf der einen Seite die Notwendigkeit des Rechtsstaates und seiner Einrichtungen unterstreicht und auf der anderen Seite die Funktionen und die Mechanismen der institutionellen Praktiken und deren Wirkungen auf die Selbstwahrnehmung und das Sozialverhalten der Akteure thematisiert, unterstreicht er nicht nur die Bedeutung beider Seiten für den demokratischen Prozess, sondern macht auch das fragile Verhältnis deutlich, dem dieser unterliegt.

Für seine Analyse der Demokratie verwendet Tocqueville bekanntlich zwei zentrale Kategorien: Freiheit und Gleichheit. Die Idee der Gleichheit der Bürger betrachtete Tocqueville als ein unumstößliches Selbstverständnis demokratischer Gesellschaften. Sie ist die Kategorie, anhand der sich der fortschreitende Prozess der Demokratisierung beschreiben lässt. Das Umsetzen von Gleichheitsvorstellungen führt nach Tocqueville jedoch unwillkürlich zu einer Einschränkung der politischen Freiheit der Bürger (Herb/Hidalgo 2004: 32-41). In der Gegenüberstellung von Freiheit und Gleichheit, die Tocqueville gleichermaßen als Maßstäbe normativer Beschreibung und Bewertung demokratischer Prozesse einsetzt, tritt Gleichheit als komparative Kategorie immer kontextabhängig auf. Sie ist eine vergleichende Kategorie, die den Prozess der Angleichung der Bedingungen empirisch und historisch vergleichend beschreibt.

Freiheit dagegen wird nicht vergleichend verwendet, sondern als intrinsischer Wert statuiert. Sie steht für eine jenseits von Zwang gewählte Lebensform. Eine so verstandene Freiheit setzt soziale Unabhängigkeit ebenso voraus wie den Zugang zu den Mitteln der Politik. Sie ist die Grundvoraussetzung für demokratische

Gleichheit. Freiheit ist damit die Kategorie, die für Tocqueville das Maß der Bewertung gesellschaftlicher Prozesse liefert. Dementsprechend verwendet er die Kategorie der Freiheit immer dann, wenn er über die in die moderne Demokratie eingespeisten Selbstgefährdungstendenzen spricht, zu denen die zunehmende Zentralisierung der Verwaltung, die Tyrannei der Mehrheit, aber auch die zunehmende Isolierung und Entpolitisierung der Bürger zählen (vgl. Hereth 1979: 43 ff.). Sie hindern die Bürger an der entscheidenden Aufgabe, nämlich ihr Leben selbstbestimmt zu führen. Tocqueville beschreibt jedoch nicht nur die Effekte, sondern geht zugleich aus der Perspektive der Akteure auf die enorme Bedeutung von Emotionen ein, die diese bei der Bewertung politischer Prozesse haben. Enttäuschungen durch zu hohe Erwartungen und das Gefühl der Machtlosigkeit können die Legitimität demokratischer Institutionen demnach ebenso untergraben wie abstrakte und bürokratische Gemeinwohlvorstellungen.

Die Gefahren der Demokratie, neue Formen politischer oder sozialer Tyrannei hervorzubringen, erwachsen für Tocqueville paradoxerweise aus ihrer eigenen Dynamik. Der Abbau hierarchischer Strukturen, individueller Unabhängigkeit, Isolierung und Vereinzelung sind miteinander verknüpft. Indem Tocqueville diese Prozesse jedoch unter der Perspektive der Freiheit bzw. der Freiheitsgefährdung auslotet, kann er über eine bloß positivistische Beschreibung hinaus zu einer Kritik gesellschaftlicher Entwicklungen gelangen, die alternative politische Handlungskonzepte enthält. Prozesse der Einschränkung von Freiheit können demnach nur durch Prozesse der Stärkung von Freiheit als einer Ausweitung der politischen Partizipationsmöglichkeiten und institutionellen Voraussetzungen eingedämmt werden.

Zugleich erlauben ihm die beiden Zentralkategorien einen transatlantischen Vergleich, der für die Problemgeschichte der Demokratie grundlegend ist.¹⁵ Die Universalisierbarkeit argumentativer Schlussfolgerungen hängt nämlich nicht zuletzt davon ab, ob sich französische Problemlagen im amerikanischen Kontext wiederfinden lassen und umgekehrt. Die Genese des modernen Verwaltungsstaates mit seinem Hang zur Zentralisierung und Generierung gesellschaftlicher Eliten, aber auch die zunehmende Individualisierung und Entpolitisierung der Bürger spielen hier für Tocqueville eine zentrale Rolle. Die Paradoxien der Demokratie sind für Tocqueville dabei nicht einfach abstrakte Konstrukte, sondern er interpretiert sie als treibende Kräfte, welche die Dynamik der weiteren Entwicklung der modernen Demokratie bestimmen. Nur die Reflexion der gesellschaftlichen Erfahrung mit der

15 Tocqueville hat den Vergleich nach 1840 noch um die Schweiz und Deutschland erweitert, was hier außer Betracht bleiben muss (vgl. Drescher 1964; Aron 1965).

Demokratie erhöht dabei die Chancen, Fehlentwicklungen der Vergangenheit und mögliche Gefahren der Zukunft zu bändigen.

6. Resümee

Tocquevilles Demokratieverständnis sprengt den engen Begriff von Demokratie, wie er sich historisch infolge der Revolutionen des 18. Jahrhunderts herausgebildet hat und der auf den vermittelnden Formen der Entscheidungsbildung basiert. Ein institutionelles Arrangement politischer Ordnung soll demnach den Willensbildungs- und Entscheidungsprozess auf verschiedenen Ebenen organisieren, wobei die Entscheidungs- und Kontrollaufgaben den wechselseitig aufeinander einwirkenden Institutionen zukommen, deren Umsetzung ausschließlich der Regierung obliegt. Politische Wissenschaft hat sich in diesem Kontext, wie die Auseinandersetzung zwischen Guizot und Tocqueville zeigt, als Regierungsberatungswissenschaft zu etablieren – so das Postulat Guizots. Demgegenüber analysiert Tocqueville Demokratie als einen Transformationsprozess, der nicht nur den Staat und seine Institutionen, sondern auch die Gesellschaft und ihre Träger umfasst. Zum Kern demokratischer Ordnungsvorstellungen gehören dementsprechend neben einem Repräsentationssystem, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, deren Bedeutung Tocqueville betont,¹⁶ auch gesellschaftliche Organisationsformen, Konventionen, Traditionen, Gewohnheiten, Umgangsformen und Lebensarten, die das individuelle und kollektive Selbstverständnis der Akteure und ihre Handlungs- und Erfahrungsräume bestimmen. Diese gelten jedoch nicht als etwas Feststehendes, sondern unterliegen einem ununterbrochenen gesellschaftlichen Wandel.

Tocqueville hat sich in seinen Schriften mit beeindruckender Beharrlichkeit der fortschreitenden Demokratisierung der Gesellschaft als zentralem Thema gewidmet. Für ihn ist die „zunehmende Gleichheit der Bedingungen“ (Tocqueville 2010: 4) der übergreifende Prozess, welcher sowohl auf die Regierung, die Zivilgesellschaft, die öffentliche Meinung, die Sitten und Gebräuche als auch auf die Gesetze gravierenden Einfluss hat. Demokratie und Gleichheit sind für Tocqueville untrennbar miteinander verbunden und sie sind unumkehrbar. Die Schrift über Amerika ist in diesem Sinne eine Verteidigungsschrift der Demokratie; aber die Widersprüche werden ebenso herausgestellt wie die langfristigen Risiken und Gefahren. Diese sollen durch ihre wissenschaftliche Durchdringung und die Bereitstellung von

16 Tocqueville hat die essenzielle Rolle des Rechts im Sinne von Grundrechten, des Rechtsstaates und vor allem des Eigentumsrechts stets herausgestellt (Tocqueville 2010 Bd. II: 390-391, Bd. III: 829, 887-894).

Mitteln zur qualifizierenden Urteilsbildung für die verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Akteure als genuin politische Aufgabe herausgestellt werden.

De la Démocratie en Amérique ist nicht nur eine Schrift über die Vereinigten Staaten. Die Entstehungsgeschichte der westlichen Demokratien in den beiden atlantischen Revolutionen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bildet für Tocqueville den zentralen Bezugspunkt seiner Analyse politischer Ideen und institutioneller Lösungen, in denen die Demokratie konkrete Formen angenommen hat. Er erhebt die Geschichte Frankreichs und in vergleichender Perspektive der USA zum Untersuchungsobjekt, um die Widersprüche und die Dynamiken der anhaltenden Demokratisierung der Gesellschaft exemplarisch im kontrastiven Vergleich analysieren zu können. Dabei weist die Demokratisierung innerhalb divergierender nationaler Kontexte deutlich verschiedene Entwicklungslinien auf. Während im etatistischen französischen Modell der demokratische Prozess immer wieder ins Stocken gerät, zeigen die Analysen zum US-amerikanischen Fall, dass der Prozess der fortschreitenden Demokratisierung der Gesellschaft auf ein für die Dynamik politischer Prozesse offenes und gleichzeitig durch den Rechtsstaat gesichertes Fundament gestellt werden kann.

Tocqueville hat aber noch in einem anderen Sinne die moderne Demokratiewissenschaft etabliert. Er wollte weder eine politische Ideengeschichte noch eine Institutionengeschichte schreiben. Sein Augenmerk galt den Grundproblemen der Demokratie und seine Analysen bezogen sich auf konkrete Formen der Ausgestaltung des demokratischen Lebens. Er gab damit weniger einer Regierung als den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren Maßstäbe an die Hand, die Vorteile und Gefahren demokratischer Prozesse klar zu erkennen. Mit seinen beiden Leitkategorien (Freiheit und Gleichheit) bot der französische Analytiker eine wissenschaftliche und zugleich eine erfahrungsnah, für die alltägliche Auseinandersetzung mit der Demokratie und ihren Krisen taugliche Begrifflichkeit und Sprache, die sich in gleicher Weise für die Beschreibung und Analyse konkreter Entwicklungen eignete als auch für die Kritik politischer Zustände und Fehlentwicklungen.

Für den sozialwissenschaftlichen Diskurs sind die klassischen Analysen durch die komplexe Darstellung des Wechselverhältnisses von Institutionen, Akteuren und Verhaltensweisen noch heute wegweisend. So wird verdeutlicht, und dies zeigt die erfahrungswissenschaftliche Ausrichtung, dass die Akzeptanz des demokratischen Prozesses dort am höchsten ist, wo lokales, historisch eingebundenes und auf Erfahrung beruhendes Wissen der gesellschaftlichen Akteure ernst genommen wird. Zugleich sind es primär die Erfahrungen von Selbstregierung und Selbstverwaltung der Bürger, die eine Verstetigung ihres Engagements ermöglichen. An solchen Grundsätzen sind sowohl institutionelle Strukturen als auch der Prozess der politi-

schen Meinungsbildung auszurichten. In diesem Sinne ist Tocquevilles neue politische Wissenschaft noch heute aktuell.

Literatur

- Aron, Raymond, 1965: Auguste Comte et Alexis de Tocqueville, juges de l'Angleterre, Oxford.
- Aucoc, Léon, 1889: Lois, statuts et règlements concernant les anciennes académies et l'institut de 1635 à 1889. Tableau des fondations. Collection publiée, sous la direction de la commission administrative centrale, Paris.
- Bluhm, Harald, 2006: Alexis de Tocqueville: Kleine politische Schriften, Berlin.
- Bluhm, Harald/Krause, Skadi, 2005: Viele Tocquevilles? – Neuere Interpretationen eines Klassikers, in: Berliner Journal für Soziologie 15 (4), 551-562.
- Boudon, Raymond, 2005: L'exigence de Tocqueville: la 'science politique nouvelle', Vortrag, gehalten am 31. Mai 2005 an der Académie des Science morales et politique, <http://www.asmp.fr>.
- Brian, Éric, 1733: La mesure de l'Etat. Administrateurs et géomètres au XVIIIe siècle, La mesure de l'Etat, Paris: Albin Michel 1994.
- Craiuu, Aurelian, 1999: Tocqueville and the Political Thought of the French Doctrinaires (Guizot, Royer-Collard, Rémusat), in: History of Political Thought 20 (3), 456-493.
- Craiuu, Aurelian, 2003 a: Rethinking Political Power: The Case of the French Doctrinaires, in: European Journal of Political Theory 2, 125-155.
- Craiuu, Aurelian, 2003 b: Guizot's Elitist Theory of Representative Government, in: Critical Review 15 (3-4), 261-284.
- Craiuu, Aurelian/Jennings, Jeremy (Hrsg.), 2009: Tocqueville on America After 1840: Letters and Other Writings, New York/Cambridge.
- Drescher, Seymour Irving, 1964: Tocqueville and England, Cambridge.
- Drolet, Michael, 2011: Carrying the Banner of the Bourgeoisie, in: History of Political Thought 32 (4), 645-690.
- Eisenstadt, Abraham S. (Hrsg.), 1988: Reconsidering Tocqueville's Democracy in America, New Brunswick.
- Elster, Jon, 1991: Patterns of Causal Analysis in Tocqueville's Democracy in America, in: Rationality and society 3, 277-297.
- Elster, Jon, 1993: Political Psychology, Cambridge.
- Elster, Jon, 2009: Alexis de Tocqueville: The First Social Scientist, Cambridge.
- Feldhoff, Jürgen, 1968: Die Politik der egalitären Gesellschaft. Zur soziologischen Demokratie-Analyse bei Alexis de Tocqueville, Köln.

- Franqueville, Charles Franquet de*, 1895: L'Institut de France. Son Origine, ses Transformations, son Organisation, Paris.
- Furet, François*, 1978: Penser la Révolution française, Paris.
- Furet, François*, 1985/86: The Intellectual Origins of Tocqueville's Thought, in: The Tocqueville Review, vol. 7/1985/86, Paris, Charlottesville.
- Gauchet, Marcel*, 2002: L'unification de la science historique, in: Philosophie des sciences historiques. Le moment romantique, collection Points-histoire, Paris, 9-39.
- Gauchet, Marcel*, 2007: L'avènement de la démocratie, vol. 1, La révolution moderne. Paris.
- Guizot, François*, 1821 a: Des Conspirations et de la justice politique, Paris.
- Guizot, François*, 1821 b: Des moyens de gouvernement et d'opposition dans l'état actuel de la France, Paris.
- Guizot, François*, 1822: Histoire Des Origines Du Gouvernement Représentatif En Europe. Band 2. Paris Didier, Libraire-Éditeur.
- Guizot, François*, 1823: Essais sur l'histoire de France. Pour servir de complément aux Observations sur l'histoire de France de l'abbé de Mably, Paris.
- Guizot, François*, 1828: Cours d'histoire moderne. Histoire de la civilisation en France depuis la chute de l'empire Romain jusqu'en 1789. 14. Leçon (18 juillet 1828), Paris.
- Guizot, François*, 1849: La Démocratie et la société française, in: Revue des Deux Mondes 1, 294-307.
- Guizot, François*, 1849 a: De la Démocratie en France, Bruxelles.
- Guizot, François*, 1860: Mémoires pour servir à l'histoire de mon Temps. Bd. 3, Paris.
- Hadari, Saguiv A.*, 1989: Theory in Practice. Tocqueville's New Science of Politics, Stanford.
- Hennis, Wilhelm*, 1982: Tocqueville's „Neue Politische Wissenschaft“, in: Justin Stagl (Hrsg.), Aspekte der Kultursoziologie. Aufsätze zur Soziologie, Philosophie, Anthropologie und Geschichte der Kultur: zum 60. Geburtstag von Mohammed Rassem, Berlin, 385-407.
- Herb, Karlfriedrich/Hidalgo, Oliver*, 2005: Alexis de Tocqueville. Frankfurt/New York.
- Herb, Karlfriedrich/Hidalgo, Oliver (Hrsg.)*, 2004: Alter Staat – Neue Politik. Tocquevilles Entdeckung der modernen Demokratie, Baden-Baden.
- Hereth, Michael*, 2001²: Alexis de Tocqueville. Die Gefährdung der Freiheit in der Demokratie, Stuttgart u. a..

- Ihl, Oliver*, 2004: Considerations et science du pouvoir chez François Guizot, in: *Revue Française d'Histoire des Idées Politiques* 19.
- Institut de Frances, Académie des sciences morales et politiques*, 1901: Concours de l'Académie. Sujets proposés, prix et récompenses décernés, liste des livres, couronnés ou récompensés, 1834-1900, Paris.
- Janet, Paul*, 1861: Alexis de Tocqueville et la science politiques au XIXe siècle, in: *Revue des Deux Mondes*, 2^e période, Bd. 34, 101-133.
- Jaume, Lucien*, 1997: L'Individu effacé ou le paradoxe du libéralisme français, Paris.
- Koritansky, John C.*, 2009 : Alexis de Tocqueville and the New Science of Politics. An Interpretation of Democracy in America, Carolina Academic Press.
- Manchini, Aththiew J.*, 2008: Too Many Tocquevilles: The Fable of Tocqueville's American Reception, in: *Journal of the History of Ideas* 69, 245-268.
- Manent, Pierre*, 1982: Tocqueville et la nature de la démocratie, Paris.
- Mansfield, Harvey C./Winthrop, Delba*, 2006: Tocqueville's New Political science, in: Cheryl B. Welch (Hrsg.): *The Cambridge Companion to Tocqueville*, Cambridge/New York u. a., 200-251.
- Michael Hereth*, 1979: Alexis de Tocqueville. Die Gefährdungen der Freiheit in der Demokratie, Stuttgart.
- Nisbet, Robert*, 1976: Many Tocqueville, in: *The American Scholar* 6, 59-75.
- Pels, Dick*, 1991: Elster's Tocqueville: Some Critical Remarks, in: *Rationality and Society* 3, 298-307.
- Review Symposium*, 2011: The Social Science of Democracy, in: *Perspective on Politics* 9/2, 361- 380.
- Richter, Melvin*, 2004: Tocqueville and Guizot on democracy: from a type of society to a political regime, in: *History of European Ideas* 30, 61-82.
- Richter, Melvin*, 2006: Tocqueville on Threats to Liberty in Democracies, in: Cheryl B. Welch (Hrsg.), *The Cambridge Companion to Tocqueville*, Cambridge/New York u. a., 245-275.
- Rosanvallon, Pierre*, 1985: *Le moment Guizot*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre*, 1995: The History of the Word 'Democracy' in France, in: *Journal of Democracy* 6 (4), 140-154.
- Rosanvallon, Pierre*, 2001: Political Rationalism and Democracy in France in the 18th and 19th Centuries, in: *Philosophy and Social Criticism* 28 (6), 687-701.
- Saint-Pierre, Charles-Irénée Castel de*, 1733: *Ouvrages de politique*, Bd. 4, Rotterdam.
- Schleifer, James T.*, 1980: *The Making of Tocqueville's Democracy in America*, Indianapolis.

- Tocqueville, Alexis de (Hrsg.)*, 2010: Democracy in America. De la Démocratie en Amérique. Historical-Critical Edition of De la démocratie en Amérique. Übersetzt von James T. Schleifer, 4 Bd., A Bilingual French-English Edition, Indianapolis.
- Tocqueville, Alexis de*, 1865: Œuvres complètes d'Alexis de Tocqueville. Bd. VII, hg. v. Mme de Tocqueville [u. Gustave de Beaumont], Paris.
- Tocqueville, Alexis de*, 1952: L'Ancien Régime et la Révolution, Paris.
- Tocqueville, Alexis de*, 1954: Erinnerungen, Stuttgart.
- Tocqueville, Alexis de*, 1989: Œuvres complètes. Bd. XVI: Mélanges, Édition de Françoise Mélonio avec la collaboration de Jean-Claude Casanova et Pierre Rosanvallon, Paris.
- Tocqueville, Alexis de*, 2003: Œuvres complètes. Bd. 6: Correspondance anglaise. Correspondance d'Alexis de Tocqueville avec Henry Reeve et John Stuart Mill, Paris.
- Vincent, David*, 1998: The Culture of Secrecy Britain 1832-1998, Oxford.
- Welch, Cheryl B. (Hrsg.)*, 2006: The Cambridge Companion to Tocqueville, Cambridge/New York u. a.

Korrespondenzanschrift:

Dr. Skadi Krause

DFG-Forschungsprojekt „Theorie und Praxis der Demokratie. Tocquevilles erfahrungswissenschaftliche Konzeption einer ‚Neuen Wissenschaft der Politik‘“

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Philosophische Fakultät I

Institut für Politikwissenschaft und Japanologie

06099 Halle (Saale)

E-Mail: skadi.krause@politik.uni-halle.de

Prof. Dr. Harald Bluhm

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Philosophische Fakultät I

Institut für Politikwissenschaft und Japanologie

06099 Halle (Saale)

E-Mail: harald.bluhm@politik.uni-halle.de